



Satzung der Stadt Hürth über die Festlegung des v.-H.-Satzes sowie die Höhe des Geldbetrages nach § 51 Abs. 6 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen zur Ablösung von Stellplatzverpflichtungen vom 08.10.1997

Nach § 51 Abs. 1 BauO NW dürfen bauliche Anlagen sowie andere Anlagen, bei denen Kraftfahrzeugverkehr zu erwarten ist, nur errichtet werden, wenn Stellplätze oder Garagen in ausreichender Größe sowie in geeigneter Beschaffenheit hergestellt werden (notwendige Stellplätze oder Garagen). Ist die Herstellung notwendiger Stellplätze oder Garagen nicht oder nur unter sehr großen Schwierigkeiten möglich, so kann die Bauaufsichtsbehörde unter Bestimmung der Zahl der notwendigen Stellplätze im Einvernehmen mit der Gemeinde festlegen, dass auf die Herstellung von Stellplätzen verzichtet werden kann, wenn die zur Herstellung Verpflichteten an die Gemeinde einen Geldbetrag nach Maßgabe der Satzung zahlen.

Der Rat der Stadt Hürth hat in seiner Sitzung am 30.09.1997 aufgrund des § 51 Abs. 6 der BauO NW vom 07.03.1995 (GV NW 1995, S. 218, berichtigt GV NW 1995, S. 982) folgende Satzung beschlossen:

§ 1 Festlegung des v.-H.-Satzes

Bei einer Heranziehung zur Zahlung eines Geldbetrages nach § 51 Abs. 6 Satz 4 BauO NW wird der V.-H.-Satz mit 80 v. H. der durchschnittlichen Herstellungskosten von zusätzlichen öffentlichen Parkeinrichtungen einschließlich der Kosten des Grunderwerbs festgesetzt.

§ 2 Ablösungsbetrag ⁽¹⁾

Unter Zugrundelegung des V.-H.-Satzes nach § 1 wird die Höhe des Geldbetrages je Stellplatz einheitlich für das Stadtgebiet auf **3 800,00 €** festgesetzt.

§ 3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt des Erftkreises in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Hürth vom 10.07.1992 außer Kraft.

⁽¹⁾ geändert durch Art. 6 der Euro-Anpassungssatzung vom 12.12.2001